

Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 516 bis 531:

geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche Zusammenleben gut. Nicht zu wissen, ob Deutschland wirklich Heimat wird, erschwert ~~die Integration massiv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. Durch die Umwandlung der Ausbildungsduhlung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir den Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die Betriebe für Planungssicherheit. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Asyl bekommen und in ihrem Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder ausreisen. Wir wollen dies durch schnelle und wirksame Unterstützung und Beratung erleichtern. Abschiebungen, zum Beispiel über Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird, freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan wieder einsetzen.~~ das Ankommen massiv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. Durch die Umwandlung der Ausbildungsduhlung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir den Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die Betriebe für Planungssicherheit. Für uns gilt: Kein Mensch ist illegal! Insbesondere Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer werden wir beenden. Den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan wollen wir wieder einsetzen. Wir werden sicherstellen, dass es keine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden für Abschiebungen geben und die Abschiebepartnerschaft mit Afghanistan beendet wird.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Gülsah Bayar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sven Karim Mekarides (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Martha Goldammer (KV Berlin-Mitte); Martin Holubek (KV Berlin-Pankow); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Christof Rambke (KV Berlin-Kreisfrei); Tala Hariri (KV Bonn); Deniz Yildirim (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Heidrun Bäumker (KV Berlin-Pankow); Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Shiva Saber Fattahy (KV Berlin-Mitte); Bettina Schoeley (KV Berlin-Mitte); Maha Abdulkarim (KV Berlin-Mitte); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Mitte); Nujan Omar (KV Berlin-Mitte); Sadullah M. Abdullah (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Filiz Keküllüoglu (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hiro Hajo (KV Berlin-Mitte); Cornelia Hagemann (KV Berlin-Mitte); Qosay Amer (KV

Berlin-Neukölln); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Hans Joachim Lehnert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jörn Jaath (KV Berlin-Mitte); Arturo Buchholz-Berger (KV Berlin-Pankow); Simon Heß (KV Frankfurt); Markus Silberschmidt (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)